Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den breispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur werktags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: Bei Bezug monatlich 2,50 RM (inklusive Bringerlohn), durch die Post 3,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2. Fernruf 17 250. Postscheckkonto: Dresden 18 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeiterrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr justizliche Sprechstunde.

6. Jahrgang | Dresden, Dienstag den 20. Mai 1930 | Nummer 116

Zur Niederringung der sächsischen Unternehmeroffensive:

Kampfbündnis mit Nordwest!

Eine wuchtige Kampfkonferenz der Nordwest-Metallarbeiter / Revolutionäre Einheitsfront unter Führung der RGO / Metallarbeiter Sachsens, folgt dem Beispiel eurer Klassengenossen!

Duisburg, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag tagte die Oppositionskonferenz der Metallarbeiter der Nordwestgruppe, die die Kampfaufgaben zum Ablauf des Rahmentarifs, sowie der Lohn- und Arbeitszeitfragen festlegte. Unter den 211 Delegierten befanden sich 93 Parteilose, 3 Christen und 2 Hirsch-Dunckersche, außerdem 77 Gäste, die aus den Betrieben anwesend waren. Die Delegierten vertraten 52 Betriebe mit 146000 Mann Belegschaft.

In der Diskussion sprachen christliche und parteilose Kollegen, Betriebsräte von Krupp-Essen, der Velag, Gute-Hoffnung-Hütte, Bochumer Verein und aus anderen Betrieben. Die Konferenz stellte folgende Hauptforderungen:

1. **Verbindung des Manteltarifs mit dem Lohn- und Arbeitszeittarif.**
2. **Die Arbeitszeit beträgt 7 Stunden. Für die ausfallende Arbeitszeit wird voller Lohnausgleich gewährt.**
3. **20 Pfennig Lohnzulage auf die jetzt bestehenden Stundenlöhne. Der Lohn der Hilfsarbeiter beträgt 85 Prozent des Lohnes der Facharbeiter.**
4. **Abschaffung aller Ueberstunden und 15 Tage Urlaub für alle Arbeiter.**

Neben diesen Hauptforderungen hat die Konferenz einen neuen Tarif als Forderung aufgestellt, der in schroffstem Gegensatz zu dem alten Rahmentarif und auch zu dem neuen reaktionären Entwurf der vereinigten Gewerkschaftsbürokratie steht. Als Kampfmaßnahmen wurden u. a. beschlossen: Wahl vorbereitender Kampfausschüsse auf breitester Basis in allen Betrieben unter Einbeziehung der kampfgewillten organisierten und unorganisierten, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Kollegen; Organisierung von Jugend-Belegschaftsversammlungen; Teilnahme von Frauen an den Belegschaftsversammlungen der Metallarbeiter; Durchführung von Versammlungen der erwerbslosen Metallarbeiter.

•

Der Kampfkongreß der Nordwestarbeiter zeigt auch den sächsischen Metallarbeitern den Weg. Aus eigener Kraft, unter Führung der KPD und der Gewerkschaftsopposition müssen sie das Kampfbündnis mit den Metallarbeitern von Nordwest, Berlin und Mitteldeutschland schließen. Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" der Bourgeoisie bedeutet Abbau der Erwerbslosenbezüge, steigende Gefahr der Zersplitterung zwischen erwerbslosen und betriebstätigen Arbeitern, wachsende Ausbeutung in den Betrieben. Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" der Arbeiter lautet: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, Lohnerhöhung, Wiedereinstellung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Dafür gilt es die Betriebe zu mobilisieren, in schärfster Kampfstellung gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie die kämpfende Einheitsfront aller Ausgebeuteten herzustellen.

Alarm!

Brüning-Kabinett stößt vor — Unterstützungsraub unter dem Titel „Arbeitsbeschaffungsprogramm"

Dresden, den 20. Mai.

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Inangriffnahme sofortiger Maßnahmen zur Reform der Arbeitslosenversicherung. Den Generalvorstoß auf weiteren Abbau der Unterstützungssätze zu verschleiern, wurden zur allmählichen Eindämmung der Arbeitslosigkeit „Maßnahmen zur Neubelebung der Wirtschaft" (Aufträge an Post und Eisenbahn, Wohnungs- und Straßenbau) angeregt. Selbst die bürgerliche Presse steht diesem Programm zur Arbeitsbeschaffung skeptisch entgegen. In der Tat handelt es sich bei den Maßnahmen des Reichskabinetts um die Vorbereitung eines Millionenraubes auf Kosten der Erwerbslosen.

Kommunistischer Landtagsvorstoß gegen Unterstützungsraub

Antrag

Nach Pressemeldungen plant die Reichsregierung, die jetzt schon unzulänglichen Leistungen der Erwerbslosenversicherung noch weiter herabzusetzen. Die Lebenslage der Erwerbslosen, die schon durch die Verabschiedungen der letzten Zoll- und Steuervorlagen auf Hungerration herabgesetzt wurde, erfährt dadurch eine weitere ungeheure Verschlechterung.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung wird beauftragt, ihre Vertreter anzuweisen, bei der Reichsregierung gegen diese Maßnahme den schärfsten Protest zu erheben und im Reichsrat dagegen zu stimmen.

Renner
und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion.

Das ist der „Klassenkampf" der „linken" SPD-Führer!

Arbeiternot — Unternehmernot!

Von Wilhelm Wittke-Niedersedlitz
Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller
Dresden

Entsprechend einer von dem Verband Sächsischer Industrieller und der „Dresdner Volkszeitung" getroffenen Vereinbarung wird den Lesern der „Dresdner Volkszeitung" im nachstehenden der Wortlaut des von dem 1. Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller, Herrn Wilhelm Wittke-Niedersedlitz, anläßlich der diesjährigen Hauptversammlung des Verbandes in Leipzig gehaltenen Vortrages über obiges Thema sowie ein Artikel, den die „Dresdner Volkszeitung" als Kommentar zu diesem Vortrag veröffentlicht hat, nochmals bekanntgegeben.

Oppositionelle Metallarbeiter! Dieses Schanddokument erschien in der sozialdemokratischen Dresdner Volkszeitung vom Sonnabend, dem 17. Mai. Es wird darin auf Grund gütlicher Vereinbarung zwischen dem Industriellenverband und der Redaktion der Volkszeitung die Rede des Oberscharfmachers Wittke zum Abdruck gebracht. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen durch eine solche Methode davon überzeugt werden, daß „Unternehmernot" und Arbeiternot gegenseitig verpflichten, daß also ein Kampf gegen die Lohnabbauoffensive der sächsischen Unternehmer gegen die eigenen proletarischen Interessen verstößt. Ueber eine solche abgrundtiefe Verlumpung einer sozialdemokratischen Redaktion muß in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen gemeinsam mit den SPD-Arbeitern Front gemacht und die Organisierung des Streiks unter oppositioneller Führung durchgeführt werden.

Die Nazi-Banditen überführt

Ihre Berliner Opfer waren Mitglieder eines bürgerlichen Sportvereins

Dresden, den 20. Mai.

Auf Grund der ungeheuren Empörung der Berliner Arbeiter sehen sich Zörgiebel-Polizei und bürgerliche Presse gezwungen, den wahren Tatbestand, der der Erschießung von 3 Arbeitern durch nationalsozialistische Banditen in der Sonnabendnacht in Berlin zugrunde liegt, der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Danach steht es jetzt einwandfrei fest, daß es sich um einen planmäßig organisierten, bewaffneten Ueberfall der Nazis handelte. Ihre Opfer sind die Mitglieder eines bürgerlich-nationalen Sportklubs „Germania 1910". Offenbar hatten die Nazis beabsichtigt, revolutionäre Arbeiter niederzuschießen, feuerten dann aber in die heimkehrenden bürgerlichen Sportler, als diese sich eine Anrempelung verbaten. Auf Grund des vorliegenden Beweismaterials mußte Zörgiebel die Täter nachträglich verhaften. Gleichzeitig wurden aber auch einige der überfallenen Arbeiter inhaftiert, um den völlig eindeutigen Tatbestand der organisierten nationalsozialistischen Mordanschläge auf Arbeiter zu verdunkeln.

Ihr arbeitermörderisches Banditentum zu verschleiern, schreibt das sächsische Faschistenblättchen von heute morgen von der „Fortsetzung des roten Mordterrors in Berlin": „Die KPD scheint den Ehrgeiz zu haben, nur noch Lumpenproletariat in ihren Reihen zu haben. Wir werden sie entsprechend behandeln." Im gleichen Atemzuge schreibt dieses Faschistenblatt der Streikbrecher und Arbeitermörder, daß die „Poungsklamerei nur abgeworfen werden kann durch eine deutsche Revolution".

Die Berliner Mordserie und die Vorgänge in Heidenau zeigen den Arbeitern, was es mit diesen „Revolutionären" auf sich hat. Beim Aufmarsch der sächsischen Nationalsozialisten am 31. Mai in Plauen wird das sächsische Proletariat diesen Gesellen beweisen müssen, daß es deren Provokationen satt ist.

Aber mit der Entlarvung der Berliner Arbeitermörder entlarvt sich auch aufs neue die sozialdemokratische Presse. Die „Dresdner Volkszeitung" schließt ihren gestrigen Artikel über die „Blutbilanz einer Berliner Nacht" mit den infamen Worten:

„So toben die Revolutionäre von Hakenkreuz und Sowjetstern durch das nächtliche Berlin."

Also nicht die Nazis sind die Arbeitermörder, sondern auch die revolutionären „Arbeiter mit Sowjetstern" sind mitschuldig. Dieses selbe SPD-Blatt schrieb bei dem Heidenauer Ueberfall der Nazis, daß es sich um einen „organisierten Ueberfall der Kommunisten" gehandelt habe. So arbeiten Faschisten und sozialdemokratische Presse einander in die Hände, beide vereint im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat. Jene mit Hilfe organisierter Mordbriegen, diese mit Hilfe von Polizeipräsidenten und Presseorganen.

Arbeiterfrauen, wollt ihr das dulden?

In der Kundgebung sozialdemokratischer Frauen am Sonntag in Dresden verband die Rednerin Tony Sender ihre Worte: „Werden wir morgen arbeiten können, arbeiten dürfen?" mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Zur gleichen Zeit gibt der Redakteur der reformistischen Metallarbeiterzeitung, Kummer, die Parole aus: „Schmeißt die verheirateten Frauen aus den Betrieben!"

So werden die sozialdemokratischen Arbeiterfrauen belogen!

Darum klärt eure Klassengenossinnen über die wahre Politik der SPD-Führer auf! Setzt der sozialdemokratischen Werbekampagne eure Werbearbeit für die rote Klassenfront entgegen! Aus den Kreisen der proletarischen Hausfrauen und Betriebsarbeiterinnen wählt Delegierte zu dem am Sonntag stattfindenden Kongreß der werktätigen Frauen!

SPD-Provokation im Dresdner Stadtparlament

Genosse Neuhof ausgeschlossen — um Führer-Etat durchzupeitschen

Dresden, den 20. Mai 1930.

In der gestrigen Sitzung wagte der sozialfaschistische Stadtverordnetenvorsteher Dolinsch sich eine ungeheure Provokation gegenüber der Arbeiterschaft. Obwohl unbestritten ist, daß sich Sozialdemokraten zu Festfressereien delegieren ließen, versuchten sie ebenso wie die Nazis diese Tatsache mit dem Hinweis zu „entkräften", daß sie „nur hingingen, aber nicht am Essen teilnehmen".

Genosse Neuhof, der einen kommunistischen Antrag auf Unterlassung der Festessen begründete, wurde von dem gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen Block immer